Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ℳ 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Vorzugspreise 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12205.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 79.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 50, Schwarzenberg 581. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 303. Dienstag, den 30. Dezember 1924. 77. Jahrg.

Der Reichswehrminister über die Rüstungslügen.

Berlin, 28. Dezember. Ueber die Entwaffnung und die Räumung der ersten Zone führte Reichswehrminister Dr. Geßler einem Pressevertreter gegenüber u. a. folgendes aus: Die Frage der Räumung von Rhein und Ruhr ist eine Frage der hohen Politik. Frankreich sieht in dieser Besetzung die Grundlage seiner ganzen Rheinlandpolitik. Die Frage der Abrüstung soll jetzt für diese Politik nur den Vorwand hergeben. Poincare hatte seinerzeit die durch das Gutachten Hurst-Fromageot schon in London ad absurdum geführte These aufgestellt, daß die im Vertrag von Versailles für die Räumung vorgesehenen Fristen überhaupt noch nicht zu laufen begonnen hätten. Die französische Politik hat angesichts des Widerstandes der ganzen Welt gegen eine solche Argumentierung einen anderen Weg eingeschlagen. Man sucht jetzt Stimmung zu machen, daß Deutschland nicht abgerüstet hat. Dazu werden Tag für Tag Schauermärchen über die deutsche Rüstung in die Welt gesetzt, die stark an die Kriegsgreuelpropaganda erinnern, und denen gegenüber die jetzt maßgebenden Pariser politischen Kreise leider den nötiger Abstand zu verlieren scheinen. Dabei hofft man, die alte Zwietracht in Deutschland selbst zu säen und neue Helfershelfer zu gewinnen. Denn man weiß, wie leicht es ist, Deutsche gegen Deutsche zu hetzen und aus einer Frage der auswärtigen Politik eine innere deutsche Frage zu machen.

Man hat ganz allgemein behauptet, es seien große heimliche Waffenlager aufgefunden worden. Die Wahrheit ist, daß die Kommission keinen Fund von irgendwelcher Bedeutung gemacht hat. Die erste große Sensation war die Nachricht von einem großen Geschützfund auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück. Es stellte sich hier heraus, daß die angeblich verheimlichten Geschütze 14 alte Zielgeschütze waren, die seit langen Jahren als Zielscheiben dienten und die auch die Spuren dieses Gebrauches zeigten.

Die nächste große Nachricht war der angebliche Fund von Ausrüstungsmaterial für 3 Divisionen. Den Kern dieser Sage bildete der Fund von 20 alten Sätteln, 43 verrosteten Karabinern und Gewehren, 15 alten Maschinengewehrgestellen ohne Gewehre und einigem Zubehör bei einem Dresdner Reiterregiment. Merkwürdigerweise wurde ein Fund von 277 Seitengewehren und 31 Läufen in Dessau wenig ausgeschlachtet, dagegen reizte es die Phantasie der französischen Berichterstatter, daß in einem alten, man denke zugebauten, Gang der Schießstände in Ruhleben ein Fund gemacht wurde. Es handelte sich allerdings nur um verrostete Wasserkästen für Maschinengewehre, die nicht einmal mehr das Einschmelzen lohnten.

Daß sich an einem Namen wie Krupp Legenden knüpfen würden, war zu erwarten. Die französische Presse hat denn auch in den letzten Tagen berichtet, daß dort 25 000 Gußstücke für Gewehrläufe entdeckt worden seien. Diese Gewehrläufe sind tatsächlich bei Kruppe. Sie sind eine Bestellung der Firma Simson in Suhl, die uns als Waffenlieferant von der Kommission selbst vorgeschrieben worden ist und die, ebenfalls nach den Bestimmungen der Kontrollkommission, diese Halbfabrikate bei dem Werke Annen der Firma Krupp zu bestellen hatte. Im übrigen ist es eine phantastische Vorstellung, daß bei den Kruppschen Werken im besetzten Gebiet, in denen es von französischen Posten wimmelt, überhaupt die heimliche Fabrikation von Kriegsmaterial möglich sei.

Die Weihnachtsüberraschung bildete dann ein angeblicher Riesenfund von 40 000 Stahlstäben für die Fabrikation von Gewehren und von Maschinengewehren. An diesem Fall ist die Reichswehr überhaupt nicht beteiligt. Ich kann Ihnen aber sagen, um was es sich handelt. Am 23. Dezember hat die Kontrollkommission in den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau in einem Lagerschuppen 40—45 000 sogenannte „Rohlinge" gefunden. Das sind Stahlstäbe, aus denen man Gewehrläufe machen kann. Nun fabriziert die Fabrik aber Jagd- und Sportwaffen, irgendein Indizium, daß geplant war, aus diesen Rohlingen Militärgewehre und nicht Jagd- und Sportwaffen zu machen, liegt nicht vor. Die Stäbe waren auch nicht etwa versteckt, sondern lagern seit 1919 oder vielleicht noch länger in alten Holzverschlägen, deren Türen nicht einmal verschließbar waren, und die deshalb mit einem Nagel notdürftig zugeschlagen waren. Rund 10 000 von diesen Rohlingen haben ein etwas größeres Format. Um diese Stäbe verwerten zu können, hat die Firma schon vor längerer Zeit der Interalliierten Militärkontrollkommission einige Musterstücke davon mit Vorschlägen über die Verarbeitung in doppelläufige Jagdflinten geschickt. Auch dies spricht nicht gerade für die Heimlichkeit dieses Lagers.

Das ist der Tatsachenkern, der den Sensationsmeldungen der französischen Presse zugrunde liegt.

Nicht orientiert wurde aber die französische Presse darüber, daß eine große Zahl von Ueberraschungsbesuchen nicht eine einzige Waffe zutage gefördert hat, so die Besuche in Fort Hahneberg, in Küstrin, in verschiedenen Potsdamer Kasernen, in Döberitz, Ingolstadt, Taubenhof bei Allenstein usw.

Geradezu unerfindlich ist es mir, daß die Meldungen über das Fortbestehen einer organisierten geheimen Waffenfabrikation in Deutschland nicht verstummen wollen. Die Interalliierte Militär-Kontrollkommission kennt jede Fabrik Deutschlands, ich möchte sagen, sie kennt jede Drehbank und jeden Schraubstock. Sie würde sich selbst kein glänzendes Befähigungszeugnis ausstellen, wenn sie behaupten würde, daß nach ihrer fünfjährigen Tätigkeit, die wahrhaftig jede nur denkbare Möglichkeit untersucht hat, eine solche geheime Waffenfabrikation in Deutschland noch möglich wäre.

• • •

Essen, 28. Dez. Von der Firma Krupp wird mitgeteilt: Die Pariser Meldung, 47 000 neue Gewehre seien bei Krupp ermittelt worden, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Krupp-Essen hat bekanntlich überhaupt nie Gewehre hergestellt. Das kleine Kruppsche Stahlwerk in Annen (Westf.) walzt von altersher Gewehrlaufstäbe, namentlich für Jagdgewehre, ist aber auch als Lieferant für den Bedarf der Reichswehr zugelassen. Dementsprechend hat Annen im Jahre 1924 etwa 25 000 rohe, ungebohrte Laufstäbe für die von der Kontrollkommission zugelassenen Gewehrfabriken gewalzt und dies auch der Kontrollkommission niemals verheimlicht.

• • •

Wie die Schnüfflerkommission lügt.

London, 28. Dez. „Daily Telegraph" erfährt, daß, abgesehen von der allgemeinen Beschuldigung der Obstruktion gegen die Arbeit der Militärkontrollkommission, diese in ihrem Bericht „gewichtige Verstöße" Deutschlands gegen die Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages vorbringen wird. Diese bezögen sich mehr auf industrielle Möglichkeiten als auf tatsächliche militärische Einrichtungen. Die Kommission habe sehr große Aufmerksamkeit auf Anlagen verwendet, welche zur Herstellung der „großen Berta" verwandt wurden. Die Kommission verlange ferner die Abrüstung eines Stahlwerkes in Spandau; welches leicht für die Herstellung von Artillerie geeignet gemacht werden könnte. Der Bericht lege besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit der Aufhebung der jetzigen militärischen Organisation der Polizei und ihre Zurückziehung aus den Kasernen, in denen sie noch immer einquartiert sei. Es sei wahrscheinlich, daß diese Forderung auf besonders hartnäckigen Widerstand stoßen werde, da man in Deutschland allgemein glaube, daß die Gefahr plötzlicher kommunistischer Erhebungen ganz außerordentlich vermehrt werden würde, wenn die Polizei nicht in Kasernen zusammengezogen sei.

Der Reichswehr zu Weihnachten 1924.

Reichswehrminister Dr. Geßler schreibt: Das Jahr 1924 war Erntejahr für die Reichswehr. Es brachte ihr die allgemeine Anerkennung, daß sie sich in den kritischsten Tagen des neuen Deutschland als zuverlässige und scharfe Waffe in der Hand der verfassungsmäßigen Gewalten erwiesen hat. Das Mißtrauen, das an einigen Stellen früher genährt wurde, ist zerstoben. Wirtschaftliche Sorgen drücken auf die Wehrmacht. Ich hoffe, daß ihnen im kommenden Jahr wenigstens zum Teil wird abgeholfen werden können. Die Prüfung, die der Reichswehr durch die sogenannte Generalinspektion auferlegt ist, hat sie überstanden, obwohl sie in der Form, in der sie vorgenommen wurde, fast unerträglich war. Wenn ich einen Wunsch für die Reichswehr habe, so ist es der, daß dieser entwürigende Zustand endlich aufhört. Jede Geste der Versöhnung muß unwirksam bleiben, wenn nicht Deutschlands Gleichberechtigung als Nation anerkannt wird. Solange es gewissen Kreisen des Auslandes zweckmäßig erscheint, sich in der Rolle des Sklavenhalters zu gefallen und die deutsche Wehrmacht der Welt wöchentlich einmal als gefesseltes Raubtier vor die Augen zu stellen, bleibt die europäische Kulturgemeinschaft ein frommer Wunsch. Um diesen Zustand, der alle üblen Instinkte, die der Krieg geweckt hat, sorgsam lebendig zu erhalten sucht, ein Ende zu machen, geht mein Weihnachtswunsch dahin: Beendet die Quälerei, für die kein sachlicher Grund mehr vorliegt, die lediglich die Beziehungen der Völker zueinander vergiftet!

Der Kutisker-Skandal.

Berlin, 28. Dez. Im Anschluß an den gestrigen Besuch des Oberstaatsanwalts Dr. Lindner in der Seehandlung wurde ein Sohn Kutiskers, der 19jährige „Direktor" Max Kutisker, vernommen, gegen den sich so zahlreiche belastende Momente ergeben haben, daß er sofort verhaftet wurde. Max Kutisker ist Direktor eines von seinem Vater gegründeten Konzerns „Automobil- und Motor-Aktiengesellschaft". Ferner ist unter dem dringenden Verdacht der Mithilfe und der Verdunkelung der abgebaute Bankinspektor Erich Kersten aus Pankow verhaftet worden.

Madrid, 28. Dez. Der deutsche Botschafter, begleitet von dem Präsidenten des Klubs Germania und des Turnvereins, überreichte dem Präsidenten des Direktoriums 17 000 Peseten als Beitrag der deutschen Kolonie für die Weihnachtsspende an die Soldaten in Marokko.

Der Vertragsbruch der Entente.

Das Ergebnis der Botschafterkonferenz.

Paris, 28. Dezember. Die Botschafterkonferenz trat gestern vormittag kurz nach 11 Uhr zusammen. Die Sitzung dauerte 1¼ Stunde. Es waren General Desticker und General Walch, der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission, zugegen. Es wurde folgender amtlicher Bericht herausgegeben: Die Botschafterkonferenz hat heute früh das vollständige Einvernehmen der verbündeten Regierungen in der Frage der Kölner Zone festgestellt. Sie hat ferner das Verfahren bestimmt, das bei der Notifizierung, die an Deutschland erfolgen wird, eingeschlagen werden soll. Die Botschafterkonferenz hat mit der Abfassung der Note, die die verbündeten Mächte vor dem 10. Januar in dieser Frage an die deutsche Regierung richten werden, sofort begonnen.

Paris, 28. Dezember. Wie nachträglich mitgeteilt wird, ist es noch nicht bestimmt, daß die Botschafterkonferenz am kommenden Mittwoch eine Sitzung abhalten wird, um den endgültigen Text der Not festzusetzen, die hinsichtlich der Frage der Kölner Zone an die deutsche Regierung gerichtet werden soll. Der Beratung der Botschafterkonferenz wohnten nicht nur Marschall Foch, sondern sämtliche militärischen Sachverständigen der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte bei. Das „Journal des Debats" betont ausdrücklich, daß der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Walsh, an den Beratungen nicht teilgenommen hat und nicht, wie die Morgenpresse voreilig berichtete, über das Ergebnis der Generalinspektion vernommen wurde. Die Beratung hat um 11,15 Uhr begonnen und war bereits um 12,35 Uhr zu Ende.

•

Wie sie sich herausreden.

London, 28. Dezember. In der „Sunday Times" heißt es zu der Stellungnahme der britischen und der französischen Regierung zur Frage der Räumung Kölns, es bestehe Uebereinstimmung darüber, daß Deutschland seine Entwaffnungsverpflichtungen bisher nicht erfüllt habe. Das Blatt schreibt weiter, es sei klar, daß Deutschland auf lange Zeit hinaus unfähig sei, einen europäischen Krieg zu führen. Aber die Franzosen hätten als Bewohner des Landes, das einem deutschen Angriff hauptsächlich ausgesetzt sein würde, vollkommen Recht, sich in einer so lebenswichtigen Frage keinem Risiko auszusetzen, und die Politik Englands müsse notwendigerweise dahin gehen, Frankreich loyal zu unterstützen. Mit Geduld und Einsicht müsse es möglich sein, zu einer Vereinbarung über eine gleichzeitige Räumung Kölns und des Ruhrgebiets innerhalb der nächsten vier bis fünf Monate zu gelangen.

„Observer" schreibt, die Deutschen, die die Meinung verträten, daß Chamberlain eine reaktionäre Politik Deutschlands gegenüber verfolge, irrten sich. Chamberlain sei ebenso bestrebt, wie Macdonald bestrebt war, Köln zu räumen; aber die deutsche Oeffentlichkeit müsse alles tun, um die britische Regierung mit unwiderleglichen Beweisgründen für eine Räumung Kölns zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu versehen.

•

Paris, 28. Dezember. Die Pariser Morgenpresse sucht es so darzustellen, als ob die Botschafterkonferenz gestern bereits ein sachliches Urteil über das Ergebnis der Kontrolle gefällt habe. Dieses taktische Vorgehen wird einigermaßen dementiert durch eine der „Agence Havas" aus London zugegangene Schilderung der augenblicklichen Lage. In dieser zweifellos beeinflußten Depesche heißt es, die Entscheidung, welche die Botschafterkonferenz getroffen habe, beweise nur, daß die erste Phase beendigt sei. Die Note, welche die Botschafterkonferenz ausarbeite, stelle die Antwort auf den Protest der deutschen Regierung gegen die Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone dar. Obzwar diese Note begründet werde, sei sie doch ein provisorisches Instrument, das in keiner Weise der Beurteilung der Frage in ihrer Gesamtheit vorgreife. Der Note werde also eine zweite Mitteilung an die Reichsregierung folgen, über die entschieden werde, nachdem man in den Besitz des endgültigen Berichts der Kontrollkommission gelangt sei. Havas fügt hinzu, es unterliege keinem Zweifel, daß in London und Paris die diplomatischen und militärischen Autoritäten schon entschieden hätten, und daß man weder die Militärkontrolle noch die Besetzung der Kölner Zone aufgeben wolle, solange nicht Deutschland die 5 Punkte erfüllt habe, welche die Botschafterkonferenz in ihrem Brief vom September 1922 angeführt habe. Nach dem „Petit Parisien" ist es wahrscheinlich, daß die an Deutschland abzusendende Note die Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar „begründen" werde, sowohl mit der Tatsache, daß der Generalbericht der Kontrollkommission noch nicht eingegangen sei als auch mit den jüngst festgestellten Waffenfunden. Die Note werde jedoch der Reichsregierung nicht jede Hoffnung auf eine Prüfung der Frage nehmen für den Fall, daß die noch stattfindenden Kontrollhandlungen befriedigende Ergebnisse zeitigen.

•

Wien, 28. Dezember. Zu dem Beschluß der Botschafterkonferenz über die Kölner Zone schreibt die „Reichspost": Die Hoffnung, daß der despotische und friedensfeindliche Geist des Versailler Vertrages mit dem Regierungsantritt Herriots und seit der Londoner Konferenz über den Dawesplan eine wesentliche Milderung erfahren hat, scheint sich als trügerisch zu erweisen. Ein Beschluß der Bot-